

Kirchen als Akteure für Gerechtigkeit und gegen Populismus

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

*Und das Recht ist zurückgewichen,
und die Gerechtigkeit hat sich entfernt;
denn die Wahrheit ist auf der Gasse zu Fall gekommen,
und die Aufrichtigkeit findet keinen Eingang.*
Jesaja 59,14

Lass dich nicht vom Bösen überwinden, sondern überwinde das Böse mit Gutem.
Römer 12,21

*So ermahne ich euch nun, ich, der Gefangene in dem Herrn,
dass ihr der Berufung würdig lebt, mit der ihr berufen seid,
in aller Demut und Sanftmut, in Geduld.
Ertragt einer den andern in Liebe und seid darauf bedacht,
zu wahren die Einigkeit im Geist durch das Band des Friedens.*
Epheser 4,1-3

Einleitung

Vom 2. bis 4. Mai 2018 haben sich mehr als 65 Menschen aus 25 Ländern weltweit im Dietrich-Bonhoeffer-Haus in Berlin zusammengefunden, um sich über das Thema „Kirchen als Akteurinnen für Gerechtigkeit und gegen Populismus“ auszutauschen. Eröffnet wurde die Konferenz mit Eingangsstatements der Organisatoren der Veranstaltung: der Evangelischen Akademie zu Berlin, dem Lutherischen Weltbund, Brot für die Welt und der Schwedischen Kirche. In den Eröffnungsansprachen wurden aktuelle Trends und Entwicklungen benannt, die auf eine weltweite Krise der Demokratie hindeuten. Die Daten zeigen, dass der Raum für eine sinnvolle Teilhabe aller an politischen Prozessen und an gemeinsamen Meinungsbildungsprozessen zu Themen von öffentlichem Interesse schrumpft. Der Handlungsspielraum für zivilgesellschaftliche Akteure wird kleiner – auch für Kirchen und religiöse Akteure, da es für sie schwieriger geworden ist, sich aktiv am kritischen sozialen und politischen Diskurs zu beteiligen. Im interdisziplinären Dialog zwischen Expertinnen und Experten aus Theologie, Ethik, Kirchenleitung sowie Sozial- und Politikwissenschaften versuchte die Konferenz, die Rolle der Theologie in der Öffentlichkeit hervorzuheben und zu reformieren, und die Kirchen in ihren Handlungsmöglichkeiten und ihrem Handlungswillen zu stärken, in der Gesellschaft integrative, gerechte und sichere Räume für die Teilhabe aller zu schaffen.

Diese Zusammenfassung legt einige unserer wichtigsten Ergebnisse dar.

„Populismus“ und ausgrenzende Politik verstehen

Die Grundursachen dafür, dass der demokratische Raum in verschiedenen Kontexten schrumpft, liegen in verschiedenen politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Kräften. Zu Beginn der Konferenz,

erörterten die Teilnehmenden, dass der Begriff „Populismus“ verwendet wird, um eine große Bandbreite an vorgeblich anti-elitären, anti-establishment, reaktionären und ausgrenzenden Bewegungen zu beschreiben. Solche Bewegungen entstehen in sehr unterschiedlichen historischen und kulturellen Kontexten und verwenden Begrifflichkeiten daher sehr unterschiedlich, sie haben unterschiedliche Ziele und Ansätze, die in ihrer jeweiligen Komplexität verstanden werden müssen. Ausgrenzender Populismus kann als ein Symptom der Krise der Demokratie und der ungerechten Wirtschaftssysteme, aber auch als ein Faktor verstanden werden, der zu dieser Krise beiträgt. Insbesondere aber nicht ausschließlich in Europa und in den USA sind ethnisch-nationalistische populistische Bewegungen eine Gefahr für das Funktionieren demokratischer Grundprinzipien in der Gesellschaft, und diese Entwicklungen drohen nun Folgen auch in anderen Teilen der Welt zu haben.

Ausgrenzende populistische Bewegungen benutzen demokratische Prozesse, um wesentliche Voraussetzungen und Werte, auf denen die Demokratie beruht, zu unterwandern und kaputt zu machen. Darunter: eine Haltung der Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit, Verantwortungsbewusstsein, gegenseitiger Respekt, Kompromissbereitschaft usw. Wo Hassrede, *fake news* und oberflächliche Propagandamethoden in den Mittelpunkt des politischen Diskurses rücken, ist der Raum für eine fundierte und ernsthafte demokratische Debatte stark eingeschränkt. Die Konferenz wollte Gemeinsamkeiten des ausgrenzenden populistischen Diskurses herausarbeiten, die den öffentlichen Raum beschneiden und die Menschen ihres Rechts der Teilhabe an demokratischen Prozessen und ihres Rechts auf Zugang zu gerechten Lebensbedingungen berauben.

Ausgrenzende populistische Bewegungen nehmen oft Bezug auf Sorgen angesichts der ungerechten Verteilung von Macht, Wohlstand oder gesellschaftlicher Repräsentation und politischer Teilhabe. Sie behaupten, der Stimme „des Volkes“ Gehör zu verschaffen und verlangen nach „der Souveränität des Volkes“ anstelle der politischen Macht der so genannten „intellektuellen“ oder wirtschaftlichen „Elite“, weshalb im nordamerikanischen und europäischen Kontext von „Populismus“ gesprochen wird. Wenn diese Elemente verbunden werden mit nativistischen Ideologien, können ethnisch-nationalistische Formen des Populismus schnell den öffentlichen Diskurs okkupieren. Nativismus beschreibt „das Volk“ auf ausgrenzende Art und Weise und stellt „die Einheimischen“ über alle anderen. Die Teilnehmenden der Konferenz kamen zu dem Schluss, dass diese dem ausgrenzenden Populismus zugrunde liegenden Dynamiken nicht auf den europäischen und den nordamerikanischen Kontext beschränkt sind, sondern auch in anderen Kontexten der Welt zu finden seien (z. B. die Hindutva-Ideologie in Indien).

Ethnisch-nationalistischer Populismus will den Begriff des „Volkes“ in einer binären Logik durch klare Abgrenzung und Distanzierung des „eigenen“ von „den Anderen“ definieren. Dabei machen die Angehörigen der Mehrheits- oder der vorherrschenden Kultur die kulturell, sprachlich, religiös, sexuell, rassistisch oder geschlechtlich „Anderen“ zum Sündenbock für soziale oder wirtschaftliche Ängste und Ungleichheiten. Durch die Verbreitung eines Klimas des „Postfaktischen“, in dem den Medien und anderen kritischen Stimmen misstraut wird, werden die Grundlagen des gesellschaftlichen Zusammenhalts ausgehöhlt und die Macht wird in patriarchalen, autoritären Systeme verdichtet.

Der ethnisch-nationalistische populistische Diskurs ist verankert in der tief sitzenden Angst vor Mehrdeutigkeit und vor der Komplexität von Vielfalt. Aber der Wunsch, Mehrdeutigkeiten durch Vorstellungen von kultureller, religiöser, rassistischer oder nationaler Reinheit beseitigen zu wollen, führt zu ausgrenzenden Formen der Identitätspolitik, die einzelnen Personen die Zugehörigkeit „zum Volk“ verweigert und ihr Recht auf volle gesellschaftliche Teilhabe einschränkt. Ausgrenzung verkleinert den öffentlichen Raum und beschränkt den Zugang dazu – und ist Grund für die oben angesprochene Krise.

Kirchen als Akteurinnen für Gerechtigkeit

Mit dem Ziel, einen öffentlichen Raum für zivilgesellschaftlichen Diskurs zu schaffen, wurde die Konferenz mit einem öffentlichen Abendforum zur Rolle der Kirche in Zeiten des Populismus eröffnet. Der EKD-Ratsvorsitzende, Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, rief die Kirchen auf, die nihilistisch-populistischen Botschaften in Deutschland mit der alternativen Botschaft der Hoffnung zu

beantworten, die in der frohen Botschaft von Gottes Liebe wurzelt, die in Jesus Christus offenbart wurde. Erzbischöfin Antje Jackelén von der Schwedischen Kirche hob hervor, dass die Kirche, selbst wenn sie auch von dem populistischen Diskurs beeinflusst werden kann, über die kurzfristige und reaktive Politik in der Gesellschaft hinausblicken und unbeirrt zeigen müsse, welche Visionen sie habe. Sie betonte, welche große Bedeutung es habe, eine Kirche zu sein, die Teil einer weltweiten Kirchengemeinschaft ist und die die Grenzen der ethnischen und nationalen Zugehörigkeit überschreitet.

Eine Erkenntnis der Konferenz war, dass die Kirche stets selbstkritisch sein muss. Die Kirche muss sich immer wieder fragen, ob sie sich von der Gesellschaft unterscheidet oder ob wir die patriarchalen, autoritären, diskriminierenden oder ausgrenzenden Strukturen möglicherweise auch widerspiegeln. Schaffen Kirchen Räume, die die volle Teilhabe aller Menschen fördern? Wir wurden im Laufe der Konferenz an Zeiten in unserer Geschichte erinnert, in denen Kirchen dies nicht hätten bejahen können. Kirchen haben Frauen und insbesondere Frauen mit dunkler Hautfarbe die volle Teilhabe verweigert; Kirchen haben Fremde nicht immer willkommen geheißen und den Bedürftigen ihre Hilfe und ihren Beistand verweigert; Kirchen haben ihre Feinde und ihre Nachbarn nicht geliebt. Christinnen und Christen jeder Generation müssen sich von Neuem auf die grundlegenden Wesensmerkmale der Kirche und die verschiedenen epistemologischen Quellen des Glaubens und des Wissens besinnen. Dort finden wir die theologischen und spirituellen Ressourcen, die die öffentliche Theologie formen und neu gestalten und die uns motivieren, den Auftrag in der Zivilgesellschaft, zu dem wir als das Priestertum aller Gläubigen berufen sind, wahrzunehmen.

Viele unserer Diskussionen offenbarten, wie schwierig es sein kann, in von Ungerechtigkeit geprägten Räumen zu agieren, in denen politische Verfolgung, der Einfluss der Medien und der religiöse Fundamentalismus die Kirche in ihren Möglichkeiten behindern, diese integrative und alle einschließende Botschaft zu verbreiten. Rassismus, Sexismus und Fremdenfeindlichkeit machen es schwierig, gewissenhaft und treu Zeugnis abzulegen für radikale Inklusion, die das populistische Schwarz-Weiß-Denken überwindet. Trotzdem haben wir uns auch daran erinnert, dass wir aufgerufen sind, Salz der Erde zu sein, dass die Welt Freiheit und Würde aller Menschen schmecken lässt und sinnstiftende Teilhabe aller an demokratischen Prozessen bekräftigt. Das spirituelle und theologische Erbe der Kirche liefert alle notwendigen Instrumente und das notwendige Werkzeug, um dem Wunsch entgegenwirken zu können, kreative Mehrdeutigkeit mit einfachem Schwarz-Weiß-Denken zu überwinden. Die Kirche versteht Vielfalt als Geschenk und Komplexität als Schönheit. Die Kirche ist ein Volk, das aus einer Vielzahl und Vielfalt von Geschlechtern, Rassen, Sprachen, Ethnien und Kulturen in Mehrheiten- wie Minderheitenkontexten in aller Welt besteht.

Teil der Kirche zu sein ist nicht abhängig von der Reinheit irgendeiner Gesellschaft, Kultur, Ethnie oder irgendeines politischen Systems. Vielmehr ist es das integrative, alle einschließende Wesen von Gottes Liebe, die allen verschiedenen und mit unterschiedlichen Begabungen ausgestatteten Menschen dieser Welt Gerechtigkeit erfahren lässt, die diese Gemeinschaft definiert und die Menschen zu uneingeschränkter Solidarität mit jedem anderen Lebewesen beruft. Eine Folge dieser Berufung ist es, dass die Linie der Abgrenzung bzw. der Zugehörigkeit immer wieder neu gezogen werden muss, um all jene Menschen mit in neue, gerechte Beziehungen einzuschließen, die an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Die Kirche ist eine Gemeinschaft, die Zeugnis ablegt für eine lebensbejahende Art und Weise, Gemeinschaften zu schaffen, deren Komplexität immer größer wird und die allen Menschen volle Teilhabe angedeihen lassen.

Fazit

Die Konferenzteilnehmenden riefen Kirchen und theologische Einrichtungen dazu auf:

- Bildung und geistliche Ausbildung als ein Mittel zu fördern, mit dem unsere Gemeinschaften kontinuierlich in gewaltfreie Räume verwandelt werden können, in denen eine vollumfängliche, gerechte und sichere Teilhabe aller sichergestellt ist;
- anzuerkennen, dass es mit Blick auf Populismus innerhalb der Kirche unterschiedliche und bisweilen widersprüchliche Sichtweisen und Standpunkte geben kann, und Räume zu

schaffen, in denen wir uns im offenen und aufrichtigen Dialog über diese Sichtweisen und Standpunkte austauschen können, um zu einer vertieften Meinungsbildung zu kommen;

- Räume zu schaffen, in denen unsere Nachbarn den transformativen Charakter der ökumenischen und interreligiösen Begegnung erleben können, und Vertrauen in „den Anderen“, wachsen kann;
- Netzwerke mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren aufzubauen und Partnerschaften mit Verbündeten aus der Zivilgesellschaft zu schließen, die ähnlich Werte haben und sich für ähnliche Anliegen engagieren;
- sich mit kritischem Blick daran zu erinnern, wo sich Kirche und Theologie in Bezug auf ethnisch-nationalistische populistische Agenden mitschuldig gemacht haben und auf die Notwendigkeit zu verweisen, dafür Buße zu tun;
- die Grundursachen für Ungerechtigkeiten zu studieren, ihre Rolle als Akteure für Gerechtigkeit wieder für sich zu beanspruchen und prophetisches Zeugnis abzulegen gegen unterdrückerische, ausgrenzende Systeme und Strukturen;
- Erzählungen und Worte der Hoffnung, der Nichtausgrenzung und der Würde zu verbreiten und jene Botschaften neu zu formulieren, die die öffentliche Theologie prägen;
- die Bedeutung von Gerechtigkeit, Befreiung und Freiheit neu auszuhandeln und Demokratie in ihren verschiedenen Kontexten neu zu entdecken.

Die Konferenzteilnehmenden haben anerkannt, dass die Kirche zwar nicht immer demokratisch gehandelt hat oder ihre Stellung in der Gesellschaft für die Befreiung aller genutzt hat, dass die Kirche aber danach strebt, immer wieder dazuzulernen, wie sie sich besser im öffentlichen Raum engagieren kann. Jede Generation muss Demokratie neu aushandeln und Kirchen sollten sich zwar nicht mit einem bestimmten politischen System oder einer bestimmten politischen Partei verbünden, so doch aber ihre Kapazitäten ausbauen, sich im zivilgesellschaftlichen Raum zu engagieren und öffentlich die prophetische Botschaft der Hoffnung verkünden. In diesem Sinne konnten wir unter anderem von den Gedanken eines Theologen und einer Theologin zehren, deren Arbeiten nicht nur für den Kontext von Bedeutung waren, in dem unsere Konferenz stattfand, sondern auch für die breitere ökumenische Bewegung:

Dietrich Bonhoeffer schrieb: „Das Christentum steht oder fällt mit seinem revolutionären Protest gegen die Gewalt, Willkür und Machtstolz und mit seiner Verteidigung der Schwachen. Ich glaube, dass die Christenheit eher zu wenig tut, dies klarzumachen, als zu viel. Die Christenheit hat sich viel zu leicht der Anbetung der Macht angepasst. Sie sollte vielmehr Ärger erregen, die Welt viel stärker schockieren als sie es tut.“ (Dietrich Bonhoeffer, Abend-Predigt zu II. Korinther 12,9 (London 1934), in: Dietrich Bonhoeffer: Werke 13, Gütersloh 1994, S. 411)

Dorothee Sölle schrieb: „In einer theologischen Perspektive ist es offensichtlich, daß die Inhalte dieser faschistischen Religion der Botschaft der jüdisch-christlichen Tradition widersprechen. Der Gott der Propheten hat nicht den Nationalstaat gepredigt, sondern die Gemeinschaft zwischen Fremden und Einheimischen. (...) Jesus machte nicht die Familie zum Zentralwert des menschlichen Lebens, sondern die Solidarität der Entrechteten.“ (Dorothee Sölle, Das Fenster der Verwundbarkeit. Theologisch-politische Texte, Stuttgart 1987, S. 166)

Die Teilnehmenden an der Konferenz kamen aus: Argentinien, Bethlehem, Brasilien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Großbritannien, Haiti, Hongkong, Indien, Italien, Lesotho, Myanmar, Norwegen, Österreich, Polen, Ruanda, Schweden, Schweiz, Simbabwe, Südafrika, Tschechische Republik, Ungarn, USA.